

Der Volksstaat

Er scheint wöchentlich 2 Mal in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle Postämter und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.
Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
die Expedition, Hobestraße 4.
die Genossenschafts-
buchdruckerei, Reiperstraße 44.
H. Nebel, Petrisstraße 18.
J. Müller, Bayerischestraße 88, III.

Abonnementspreis:
für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. pro Quartal,
pro Monat 4 1/2 Sgr.
Für Leipzig und Umgegend pro Quartal 13 Sgr.
Filialexpeditionen für die Vereinigten Staaten:
H. A. Serrg,
Box 101 Hoboken, N. J. via New York.
G. A. Vanderer,
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 28.

Sonnabend, 5. April.

1873.

An die Parteigenossen!

Bereits zum Beginn des Quartals hat sich in Folge der Gründung vieler neuer Filiale die Abonnentenzahl des „Volksstaat“ um 450 vermehrt. Indem wir diese erfreuliche That sache mittheilen, bitten wir alle Parteigenossen, nach wie vor für die Verbreitung des Parteiorgans nach Kräften thätig zu sein. — Leipzig, den 3. April 1873.

Die Redaktion.
Die Verwaltung.

Eine nur aufgewärmte, längst abgehandelte Utopie

— weiter nichts — sind die soeben (Zehnte Buchhdlg. in Nürnberg) erschienenen „Versuche zur Lösung der Arbeiterfrage und die Möglichkeit der Gütergemeinschaft.“ Fragen, Bedenken und Vorschläge eines Zuschauers.

Der anonyme Verfasser ist ein philanthropistischer Communist ohne politisches Urtheil — mit all den Fehlern, welche seine Vorgänger aus der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts aufzuweisen haben. Er hält die freiwillige Bildung kommunistischer Gemein den innerhalb des heutigen Staates für wünschenswert und möglich, und auf diese Weise die allmähliche Lösung der sozialen Frage (infolge der Anstiedung durch gutes Beispiel) für erreichbar, — eine Utopie, die des Verfassers Unbekanntheit mit dem Wirsingen so vieler derartiger utopistischer Projekte nach dem Systeme von Fourier, Owen &c. zu beweisen scheint.

Die günstigste Chance für eine kommunistische Gemeinde innerhalb des heutigen Staates wäre höchstens derjenige Grad von Produktions- und durchschmittliche eine Arbeiterproduktionsgenossenschaft inmitten der capitalistischen Produktionsweise erzielen kann: von zehn Assoziationen vegetirt eine, und neun gehen mehr oder minder zu Grunde. Und diese günstigste Chance hätte die kommunistische Gemeinde im heutigen Staat nur dann, wenn dieser Staat tolerant genug wäre, sie auf die Dauer zu dulden — ein Glaube, in dem man sich täuschen kann, wenn man das politische ABC nicht kennt. Ueber Verf. ist so harmlos, so sagen: „... ich denke mir, daß der Staat keine Ursache haben wird, eine solche Gemeinde feindselig zu betrachten oder zu bedrücken. Denn sie wird alle Pflichten gegen den Staat gewissenhaft erfüllen. Vom Grundbesitz, Kapital, Gesamteinkommen werden die entsprechenden Abgaben entrichtet und zwar pünktlicher und redlicher als vielleicht von irgend einer andern Gemeinde der Welt, weil nicht allein die Statuten (Verfassung), sondern auch alle Bücher und Rechnungen den Staatsbehörden zur Einsicht offen stehen müssen. Es versteht sich, daß die Jünglinge ihrer Wehrpflicht genügen.“

Der Mann scheint in der That nicht auf der Erde, noch weniger in Europa, geschweige denn in Deutschland, sondern bloß in Utopien zu wohnen. In Deutschland, wo die Regierungen nicht einmal die Erlaubnis zu einer religionslosen Privatschule geben, sollte eine kommunistische Gemeinde geduldet werden! Dies könnte allenfalls nur dann passiren, wenn fragliche Gemeinden einen pietistischen Charakter oder wenigstens Anstrich hätten. Das vom Verfasser angezogene Beispiel der Herrnhuter Gemeinden und der Bernerischen Anstalten in Reutlingen spricht dafür. Aber eine kommunistische Gemeinde, die halbwegs im Sinne des Verfassers wäre, also nicht pietistisch, kann vom heutigen Staat nicht tolerirt werden, weil er durch sie untergraben würde. Die Gemeindegemeinschaften würden kein eswegs so begeistert und „gewissenhaft alle Pflichten gegen den (heutigen) Staat erfüllen“ — wie sich der Verfasser vorstellt; ebensowenig wie die im Communismus erzeugten „Jünglinge“ sich sehr beeilen würden, für Gott und Heldengreis sich todtschießen zu lassen. Eine kommunistische Gemeinde im heutigen Staat könnte dieser nur als ein Musterinstitut zur Erziehung von Rebellen betrachten. — Der Verf. scheint von den deutschen (und auch anderen europäischen) Communalverfassungen, die den Regierungen das Bestätigungsrecht über die städtischen Collegien (und sogar ein theilweises Ernennungsrecht) gewähren, nicht die blasseste Ahnung zu haben, wenn er im vollsten Ernst und anrath: „Hier, ihr Sozialisten und Demokraten, ist eine Gelegenheit, wirklich etwas zu schaffen. Wie viel Geld verwendet ihr für eure Reisen, für Schriften und Agitationen aller Art? Hier ist Gelegenheit geboten, einer Anzahl von Familien (seien es anfangs auch nur 50 oder 100) wirklich (!) zu helfen, sie aus Sklaven zu freien Menschen zu machen!“ — Wie wenig der heutige Staat gewillt ist und gewillt sein kann, seine alten Herrschaftsrechte über die Gemeinde abzugeben, haben wohl die Ereignisse der Pariser Commune — die doch an „Gütergemeinschaft“ noch lange nicht dachte, sondern vorläufig bloß das Selbstverwaltungsrecht verlangte — uns zur Genüge gelehrt! Und wenn die Bernerischen Anstalten in Reutlingen es sich etwa einfallen lassen wollten, sich für religionslos und sozialistisch zu erklären, wie die Pariser Commune, so würden sie — auch wenn sie noch so hoch und heilig bethenerten, gegen den „Staat“ nichts vornehmen zu wollen — wie ein ganz gewöhnlicher sozialdemokratischer Arbeiterverein von Gesehes- und Staatswegen aufgelöst, eventuell auch ihr Vermögen confiscirt, und im Falle der Widerstandleistung die ganze aus 1700 Seelen bestehende Gesellschaft durch ein einziges Bataillon Püchelhauben an die Luft gesetzt werden — nämlich an die Luft des schwäbischen Hubertusberg, des Hohenasperg. Die betreffenden Gesangenen hätten dann weiter nichts als den precären Ruhm, den gelungensten und mislungensten Schwabenstreich des 19. Jahrhunderts vollführt zu haben. In der That — Scherz bei Seite! — wie kann sich ein den-

sender Mensch einreden, die heutigen Regierungen würden es ruhig zusehen, wie man sie unter ihren eigenen Augen durch wirklich kommunistische Gemeinden unmöglich machen will! Das hieße so viel, wie den Regierungen und Nachhabern während ihrer „Sau-Periode“ zumuthen, freiwillig abzutreten. Letzteres ist nur dann zu erwarten, wenn der Gottliebtag erscheint, beziehentlich die Vorwehen der politischen „Blüte“ sich einstellen, die des Schlafenden und Wachenden Phantasie fortwährend durch die Vision eines Paternenpfahls erschreden. Aber so lange die heutigen Regierungen die Macht in Händen haben, werden sie eine „kommunistische Gemeinde“ noch weniger dulden, als einen sozialdemokratischen Arbeiterverein. Der Verf., der sich etwas darauf zugute thut, daß er keiner der bestehenden Parteien angehört, beweist dies Letztere auch thatsächlich dadurch, daß er die Geschichte keiner Partei kennt. Andernfalls könnte er nie davon träumen, heute in Deutschland kommunistische Gemeinden gründen zu wollen. Auch ist es eine Utopie, wenn er glaubt, sich dadurch bei der Bourgeoisie Gehör schaffen zu können, daß er sagt: „Sollte die Humanität unserer Zeit keinen andern Communismus zu Stande bringen, als die theils lächerlichen, theils schredlichen Aufführungen des Pariser Pöbels?“ Dieser „Pariser Pöbel“ hat aber (wie bereits bemerkt) noch gar keine Gütergemeinschaft angestrebt, sondern nur die Grundlage der Selbstverwaltung, aus der, nach Jahrzehnten, die Gütergemeinschaft vielleicht hätte erproben können. Der letztirrite Satz ist das charakteristischste Merkmal der politischen Kritiklosigkeit des Verfassers.

Doch gehen wir zu einem andern Punkt über, den wir oben bloß angedeutet, aber noch nicht ausgeführt haben. Wir sagten da in Anbetracht der ökonomischen Seite dieser Frage, daß eine kommunistische Gemeinde im nichtkommunistischen Staat — vorausgesetzt, daß sie auf Grund eines nichtstaatsgefährlichen Statuts genehmigt würde — bestenfalls nur die zweifelhaften Chancen einer sozialistischen Produktionsassoziation in der heutigen capitalistischen Produktionsweise haben könnte. Sie wäre gegenüber der maßlosen Konkurrenz der übrigen Städte des Landes und der Welt höchstens vegetiren — wenn sie geduldet würde; müßte aber bankrottiren, wenn sie einer feindseligen Coalition gegenüberstände, die ihr weder Produkte abließe noch abnähme. Diese Gefahr, welche schon von vornherein ein derartiges Unternehmen höchst precär macht, überführt der Verfasser; dagegen hält er das international-sozialistische Programm für „nicht ausführbar“. Warum nicht? Weil alle Staaten der Erde zugleich die Sache beschließen, die Lohnarbeit abschaffen, alles Eigenthum für Staatsgut erklären müßten. Ist es aber denkbar, daß alle Staaten mit einem Mal den gleichen Schritt thun werden? — Wenn die soziale Revolution eine internationale ist, ja; sonst natürlich nicht. Immerhin aber — und das zu begreifen wird auch ein Kind im Stande sein — kann eher ein Staat mit der Gesamtwelt die Konkurrenz aufnehmen, als ein 10,000stel Staat, eine Gemeinde. Wenn der Verf. einen einzelnen sozialistischen Staat für nicht bestehensfähig hält — um wie viel mehr müßte dies mit einer einzelnen kommunistischen Gemeinde der Fall sein? Man sieht: hier ist der Verfasser am Ende seines Lateins. Gleichwohl müssen wir uns noch eine Weile mit ihm abgeben. Er sagt: wenn nicht alle Staaten zugleich den Sozialismus einführen, „würde sich sofort alles Kapital dahin flüchten, wo das Privateigenthum gesichert wäre“, und jener sozialistische Einzelstaat müßte infolgedessen „verarmen“, — eine jener kindischen Einreden, die bereits vielfach in der sozialistischen Broschüren- und Zeitungsliteratur abgethan worden sind. — Krupp wird sich wohl seine Kanonen, Vorrig seine Eisenbahnwaggons in der Reisetasche mitschleppen, wenn's aus Andreehen geht? Und alle Handwerker werden ihre Grundstücke per Eilgut forttransportiren lassen? Nicht wahr?

Gesetzt: alle Kapitalisten Deutschlands würden kurz vor oder nach Proclamation des Sozialismus andreehen und ihre gesammten Hausmobilen und Kosibarkeiten mitnehmen. Was wäre dann? Weiter nichts, als daß die Kapitalisten fehlten und das „Kapital“ geblieben wäre. Getreide, Früchte, Blumen, Gräser wüchsen ohne spezielle Genehmigung, die Bergwerke sanken nicht vor Schaam in den Abgrund, die Wälder liefen nicht davon, die Häuser und Fabriken ständen unerschrocken fest, das liebe Vieh würde nicht vor Gram sterben, das Wasser flöste nach wie vor in Strömen, das Bier wäre minder verfälscht, der Wein billiger, obgleich weniger verschnappt, auch die goldige Sonne strahlte noch so hell wie seit der Zeit, wo sie der geistreiche Verfasser von Moses' sämtlichen Werken „eingesetzt“ hat, um zu leuchten bei Tag. — Kurz: Alles bliebe wie es gewesen. Doch nein: es fehlten die Pfandbriefe, Rentenbriefe, Banknoten, Schatzscheine, Coupons und Obligationen — und wie diese kostbaren Papierechen alle heißen! Alles, Alles ist mit emigriert — — — und kann größtentheils im Ausland zu Fidiüssen benutzt werden. — Die Schulden der alten Wirklichkeit, soweit sie unproduktiv gemacht worden sind, wie die Ausgaben des Militärbudgets, wird sich der sozialistische Staat wohl hüten, zu bezahlen; er wird daher von vornherein eine gewisse Quantität und Qualität von alten Staatsschulden für liquidirt erklären müssen. Mit dem Rest der gültig gebliebenen Papiere würden die Emigrierten dann den auswärtigen Markt, der für jene kein großes Bedürfnis hat, derart überflutet, daß die Papiere zu einem Minimalwerth herabsinken und die Herren Besitzer froh sein würden, ihren Raub im Mutterlande (eventuell auch mit Verlust) anbringen zu können. Und wenn die emigrierten Kapitalisten kurz vor ihrem Reifens gar auch alles vorhandene Metallgeld einschachteln und mitnehmen, so würde Deutschland trotzdem nicht „verarmt“ sein, weil sich mit Leichtigkeit ein Interim-Zahlungsmittel und -Vertheilung schaffen ließe in Form von neuem Papiergeld mit Zwangsconcours, und weil — von Andern abgesehen — die internationale Circu-

lation in nicht zu fernem Zeit den Ueberschuß an Metall vom auswärtigen Markt wieder zu uns hereinbringen würde. Daß das Papiergeld eines sozialistischen Staates besser fundirt und daher couranter ist als das jedes andern Staates — weil jenem aller vorhandene Grundbesitz gehört — liegt auf der Hand. Ja sogar: selbst wenn die hunderttausend Emigrierten alle nur denkbaren Schätze mit fortschleppen würden, — Deutschland würde trotzdem nicht „verarmt“ sein. Die zurückgebliebenen Millionen von Kopf- und Handarbeitern aller Art würden, ersprießlich organisiert, einen Staatsbau aufzuführen, in dem die ehemaligen Schätze vervielfacht aufgespeichert lägen.

Der Bienenfleiß, der im Handumdrehen das niedergebrannte Chicago wiederhergestellt hat, würde im Fluge das ersegen, was die Emigrierten weggestohlen hätten. In Gottes und in Teufels Namen also: mögen die Kapitalisten nur in corpore auswandern und sich die Taschen für die Reise vollfüllen! Wir haben nichts dagegen und geben ihnen noch unsern Segen auf die Wanderschaft mit, die wir lieber heute als morgen wünschten! Wir werden uns in unserer Verlassenheit schon zu trösten wissen.

Auch der Verfasser — der dem Grundsatz, daß die Arbeit alle Werte schafft, nicht feind ist — würde sich wohl am Ende über die Eventualität einer Kapitalisten-Emigration zu trösten wissen; es geht dies daraus hervor, daß er den Mitgliedern seiner kommunistischen Gemeinde unter Andern die Bedingung insinuiert, auf den Luxus zu verzichten. Diese Zumuthung ist eben eine Folge der Beschränktheit des Rahmens, in welchen der Verfasser die Aufgabe der Zukunft stellt. Eine auf sich angewiesene Gemeinde kann freilich keinen Luxus treiben; denn sie würde vollaus zu thun haben, um die nothwendigsten Lebensbedürfnisse zu produziren. Aber der sozialistisch organisierte Staat kann Arbeitskräfte für die Luxusproduktion erübrigen und wird sie erübrigen. Der Luxus — soweit er sich zur Kunst gestaltet oder ästhetischen Genuß gewährt — wird im sozialistischen Staat keineswegs verabscheut, sondern vielmehr verallgemeinert werden müssen. Es wird nicht nothwendig sein, daß man goldene Fingerringe trägt, aber man wird einen schönen Anzug nicht für unnütz halten. In dieser Beziehung also unterscheiden wir uns ebenfalls vom Verfasser, dessen Communismus in vieler Beziehung einen geradezu reaktionären Anstrich hat. J. B.: Es wird nämlich in einer solchen Gemeinde der Einzelne vielfach nicht so frei sein als bisher, indem er sich seine Arbeit nicht ganz nach Belieben wählen kann. Wünsche können zwar berücksichtigt werden, aber die Entscheidung, welche Arbeit jeder zu verrichten hat, muß der gewählten Aufsichtsbehörde, eventuell der Gemeindeversammlung zukommen. Ferner: In einer kommunistischen Gemeinde wird es wahrscheinlich nicht möglich sein, daß Einzelne sich eine so hohe Bildung, ein so vielseitiges Wissen aneignen, als es jetzt und in der übrigen Welt geschieht.

Dieser ganze Unsinn wird erst verständlich, wenn man hinterher die Marotte des Verfassers erfährt, daß sich Jeder selber die „Stiefel zu putzen“ hat.

Aus welchem Grunde man aber — wenn von 2 Menschen der Eine besondere Anlagen zum Stübiren und der Andere nichts weniger als das, vielmehr nur Talent und Lust zu groben Handarbeiten hat — der Natur des Menschen Gewalt anthan und beide wider ihren Willen, den Erstern zum Stiefelputzen, den Zweiten aber zum Stübiren nöthigen soll, das erklärt uns der Verf. nicht. Ist auch höchst unnöthig. Die Freiheit in der Berufswahl braucht im sozialistischen wie im kommunistischen Staat gar nicht beschränkt zu werden; ein so fühlbarer Mangel an Arbeitern in irgend einem Lebensberufe, daß fremdartige Arbeiter zur Aushilfe gepreßt werden müßten, ist bei der kommunistischen Organisation — welche zur Verhütung von Körper- und Geisteserschlafung von vornherein einen Wechsel in der Art der beruflichen Beschäftigung bedingt — gar nicht möglich. Denn wenn jeder Mensch mehrere Berufsgeschicklichkeiten besitzt, so hat jeder Produktions-, bez. Geschäft- und Wissenszweig eine stattliche Rekrutenarmee zur Disposition, aus welcher nöthigenfalls Hilfsarbeiter provisorisch zugezogen werden können. Wenn die Arbeit nicht — wie heute theilweise — eine Last sein wird, sondern Ehrensache, wird es niemanden genieren, aushilfsweise eine Arbeit zu verrichten — eine solche „Abkommandirung“ kann nur da stattfinden, wo in irgend einem Berufszweige Arbeiter fehlen, ohne daß Freiwillige aufzutreiben sind. Ein solcher Nothstand aber wird weder oft eintreten, noch lange andauern können; im Uebrigen läßt sich dafür leicht ein Analogon finden in der heutigen zwangsweisen Landesverteidigung. Ebenso gut wie heute jeder kräftige Mann, wenn Gefahr das Land bedroht, in den Krieg ziehen muß, ebenso muß künftig — wenn absolut keine freiwilligen Nachwüchsercandidaten aufzutreiben sind — eine Bürger-Nachwache organisiert werden, deren aus sich abwechselnden Mitgliedern bestehendes Contingent eben aus den Personen zusammengesetzt würde, die heute militärfähig sind. Wenn sich aber Leute finden, deren Ideal es ist, Nachwächter sein zu wollen, dann kann der Staat natürlich die übrigen Bürger ungeschoren lassen. Ebenso verhält es sich mit dem Holzhacken, Stiefelputzen, Rinnsteinlegen, Abtrittreinigen &c. Es sind dies zwar sehr unangenehme Beschäftigungen, allein: sie für Gott und Heldengreis zum Krüppel schießen lassen, ist noch tausendmal unangenehmer, und eher marschire ich noch alle halb Jahr auf Eimen Tag mit der Art zum Holzhacken oder mit dem Besen zum Rinnsteinlegen, als daß ich drei Jahre lang Tag für Tag mit Püchelhaube und Bündel einherstolze. Und dabei ist, wie gesagt, die Eventualität, daß im kommunistischen Staat Alle zu den niedern Arbeiten herangezogen werden müßten, eine noch so unsichere, daß es überflüssig ist, sich heute darum zu

streiten. Feststellen können wir vorläufig bloß, daß dieser Zwang nicht eher eintreten könnte, als bis keine Freiwilligen aufzutreiben sind und als bis Niemand mehr vorhanden ist, der zu weiter nichts als zu niederen Arbeiten zu gebrauchen ist. — Die vielgehegte Meinung, daß sich zu solchen Arbeiten niemand freiwillig finden würde, da alle sich lieber feinere Arbeiten würden ausführen wollen, ist augenblicklich gleichfalls nicht entscheidungsfähig; denn es wird schließlich Alles davon abhängen, in welcher Weise sich im communisistischen Staate die Menschen und die Dinge entwickeln werden; d. h. es wird Alles davon abhängen, ob die Menschen durchschnittlich eine ungefähr gleiche Begabung zeigen, nachdem sie alle gleich ausgebildet und erzogen worden sind, und ferner ob sich die niederen Arbeiten der Zeitzeit verfeinern und vereinfachen lassen. Das Letztere kann man wohl mit Sicherheit annehmen. Die Fortschritte der Kultur werden es dahin bringen, daß diejenigen menschlichen Arbeiten, die heute noch viel Widerwärtiges an sich haben, mit der Zeit veredelt werden, theils durch Ertrag der Handarbeit seitens der Maschine, theils durch Schrupp- und Wehrmittel gegen die mannichfachen Gesundheitsbeeinträchtigungen der verschiedenen Arbeiten und deren sonstigen Unerträglichkeiten und Mißstände. — Inwieweit dagegen die höchste und niederste Intelligenz dereinst von einander absehen werden im Vergleich mit den heutigen Distanzen dieser beiden Endpunkte, das läßt sich natürlich jetzt nicht sagen. Dieser Abstand aber wird eben der Maßstab sein, nach welchem sich die Verteilung der Arbeit richten wird. Wenn alle Menschen sich zu Goethe's entwickeln sollten, nun so werden sie allerdings gleichmäßig am Stiefelputzen theilnehmen müssen. Ist dies aber nicht der Fall, dann werden diejenigen vornehmlich die einfache Arbeit des Stiefelputzens vornehmen müssen, die zur complicirten Arbeit der Goethe's untauglich sind. Voilà tout! Hiermit ist das Räthsel gelöst, Herr Verfasser!

Politische Uebersicht.

Zartfühlenden Seelen mißfiel die Poesie des „Volkstaat“ von letzter Nummer. Wir können den Leuten nicht helfen. Nicht wir sind an dem „Preuß.“ Gedichte schuld, sondern diejenigen, denen der Inhalt desselben zur Last fällt. Gefällt unsern Kritikern jedoch die Wahrheit besser in Prosa — gut: so können sie sie auch in dieser Fagon haben. Wir schlagen das „Demokr. Wochenblatt“ (Vorgänger des „Volkstaat“) von 1869 nach und finden S. 399, was der nunmehrige Erzbiomedicus Ludwig Bamberger — ein badischer Freischüler von 1849 — seinerzeit über die in Baden von der preussischen Soldateska verübten Gräueltaten gesagt hat:

„Als eine heilige Pflicht“, so rief er im Frühjahr 1866 in einer Versammlung deutscher Turner in Paris, „als eine heilige Pflicht eines Jeden, der von nah oder fern dieser Dinge Zeuge gewesen, betrachte ich es, die Erinnerung an die Gräueltaten wach zu erhalten, welche damals von den obersten Staatsgewalten an den Edelsten und Besten der Nation mit roher Grausamkeit und teuflischer Bosheit verübt worden sind. Schmach, ewige Schmach über die, so sich Beschützer von Kunst und Wissenschaft nannten, und denen es eine Wollust war, edel und fein gebildete Menschen, die für diese Ueberzeugung eingestanden, Schriftsteller, Dichter, Künstler, zu allen unansprechlichen Erniedrigungen herabzudrücken, welche ein humaneres Zeitalter dereinst nicht einmal mehr über den gemeinsten Verbrecher verhängen wird! Schmach über sie, und niemals Pardon für sie!“

Freilich war Bamberger kurz nach jener Aeußerung der Ersten einer „Pardon“ gegeben hat; allein das ändert an der Wahrheit des Geschilderten nicht.

Vor 4 Jahren (am 3. August 69) hatte der Stuttgarter „Beobachter“ ein „Gedenkblatt“ herausgegeben, in dem die preussisch-badischen Gräueltaten theils nach Mittheilungen von noch lebenden Zeitgenossen jener Zeit, theils nach dem „Beobachter“ vom 3. August 1849 ergreifend geschildert waren. Eine kurze Stelle aus diesem „Gedenkblatt“, das wir im „Demokr. Wochenblatt“ vom 21. August 69 unter dem Titel „Vor zwanzig Jahren“ gleichfalls abgedruckt hatten, wird hier am Platze sein. Von einem der kriegsgerichtlich Verurtheilten heißt es:

„Gebhardt Kromer aus Bombach im badischen Oberland, nur gemeiner Soldat, ein Mensch von außerordentlichen Fähigkeiten und großer Bravour. Seine schönen Schwester bekränzte nach der im badischen Oberlande herrschenden Sitte seine Grabstätte mit Blumen und Kränzen. Die siegreichen Offiziere ließen die Mädchen fangen, sie entblößen und ihnen Schläge aufzählen, wobei sie zuzahen.“

„Bemerkenswerth ist, daß, als der Erste, der vor'm Mannheimer Standgericht erschien, der schweizerische Artillerie-Untersieutenant Sted, der Graviteste von Allen, beschuldigt, Ludwigsbafen in Brand geschossen zu haben, 10 Jahre Zuchthausstrafe erhielt und die beiden Andern, die ihm folgten, die nämliche Strafe traf, von Offenburg, aus dem Hauptquartier, wo sich der Oberbefehlshaber, der jetzige König von Preußen befand, der Befehl kam, augenblicklich das Standgericht aufzulösen und ein anderes zu ernennen. Das neu geschaffene Standgericht fällte denn auch hintereinander 5 Todesurtheile über Dieb, Lächer, v. Trübschler, Höfer und Streuber; die 3 Letzteren fielen offenbar als Opfer einer tyrannischen Willkür, Trübschler, weil er sich am sächsischen Aufstand betheiligte haben sollte; andere Anschuldigungen waren nicht erwiesen. Schullehrer Höfer, weil an dem Lehrerstand ein Crempel statuiert werden sollte, und Streuber, einer der edelsten und gerechtesten Bürger Mannheims.“

Ein Korrespondent des englischen Kapitalistenblattes „Daily-News“ macht sich über den preussischen Parlamentarismus lustig. Der Mann scheint ein richtiger Schall zu sein, denn er erzählt, daß im preussischen Abgeordnetenhaus die Minister ihre wichtigsten Gesetzesvorlagen nicht etwa durch Reden, sondern durch eine „stramme“ militärische Haltung zur Annahme brachten. Bei einem solchen Anlaß poltere Bismarck in der Kürassieruniform mit Stulpschiffeln und Pallasch — o selbige Korpsübungszeit! — in den Sitzungssaal herein und der Minister Noon ziehe vor der Abstimmung seine brillanteste Uniform mit Epauletten an. Mit allen ihren Orden übersät nähmen dann die Minister Stellung, blühten mit finsternen Mienen, wie ein Kriegsgericht, auf das erschrockene Haus herab und sprächen dann kategorisch aus, es sei der Wunsch des Königs, daß die Vorlage zur Annahme komme. Wir wissen schon lange, daß der Säbel und die Pidelhaube die größte Verehrtheit in Preußen besitzen. Das ganze Kaiserreich ist ja zu Versailles unter Säbelgerassel versetzt worden und auf ein Hausmittel, das sich einmal als so probat erwiesen, verzichtet man nicht so leicht im militärischen Preußen. —

Die 3 dänischen Sozialisten Pio, Geleff und Briz — die über anderthalb Jahre in Untersuchungshaft gehalten worden waren, ohne daß man bis jetzt genau wüßte, worin eigentlich das Anlagematerial befände — sind nun zu 6, 5 und 4 Jahren Strafarbeit verurtheilt worden — lediglich wegen ihres bedeutenden

Einflusses auf die dänischen Sozialisten, wegen ihrer Reden und Zeitungsartikel. Das gerichtliche Erkenntniß ist ein würdiges Seitenstück zu dem Wiener Urtheil: die Niedertracht des modernen Tendenzprozesses vereinigt mit dem Barbarismus eines mittelalterlichen Strafgesetzbuchs! —

In Paris noch immer Verhaftungen von Communards! Welche Angst diese Versäiler haben. Getauteten sie sich doch neulich sogar nicht, eine kleine Reiseunterstützung für Arbeiter, welche die Wiener Weltausstellung besuchen wollen, zu votieren, weil — die Arbeiter in Wien nur internationales Gift einzufrachten würden! Die Pariser Arbeiter in Wien den Sozialismus und die Revolution lernen! Das grenzt schon an Berrücktheit! —

In Nr. 25 theilten wir den Beschluß der englischen Arbeitervertretung mit. Nach dem „Beobachter“ lautet er also:

„Im Hinblick auf die Nähe einer allgemeinen Wahl hält dieses Meeting es für notwendig, daß die Arbeiter sich sofort für den Wahllampf vorbereiten, damit die Arbeiter im Parlament ihre eigene Sache vertreten, und ihre Ansprüche auf direkte Vertretung im Parlament begründen können. Die industrielle Bevölkerung dieses Landes darf sich nicht länger ins Schlepptau von politischen Parteien nehmen lassen, und die Arbeiter-Vertretungs-Ligue fordert daher alle Arbeiter auf, sich zu organisieren und ihren vereinigten Einfluß in den verschiedenen Wählerschaften, wo Arbeiterkandidaten Ansuchen haben, anzubieten und auf diese Weise die Erwählung intelligenter und fähiger Mitglieder der Arbeiterklasse zu sichern.“

Das der Beschluß. Dem von uns bereits Gesagten hätten wir noch Folgendes beizufügen: In dem Satz, daß „die Arbeit im Parlament ihre eigene Sache vertreten, und ihre Ansprüche auf direkte Vertretung im Parlament begründen“ solle, liegt der Grundirrtum des politischen Standpunkts, der sich in dieser Resolution ausdrückt. Die Arbeiter sollen eigene Arbeitervertreter ins Parlament schicken, damit diese das Parlament dazu bestimmen, die Gesetze so zu ändern, daß die Arbeiterklasse entsprechend im Parlament vertreten wird. Da die Arbeiterklasse in England die Majorität der Bevölkerung bildet; eine entsprechende Vertretung den Arbeitern also die Majorität im Parlament und damit die politische Herrschaft gäbe, so läßt also diese Forderung darauf hinaus, daß die herrschenden Klassen sich durch die Reden einiger Arbeiter, welche vielleicht, d. h. wenn's gut geht, unter den jetzigen Gesetzen in's Parlament eingeschmuggelt werden können, zum freiwilligen Verzicht auf ihre politische Macht, welche die Stütze ihrer ökonomischen Ausbeuterstellung ist, sollen bewegen lassen. Eine solche Ueberheit kann nur von Kindern geglaubt, nur von Charlatanen oder Verräthern befürwortet werden. —

In Spanien befindet die republikanische Regierung, die von Tag zu Tag die dem Maulheldenthum eigene Unentschlossenheit und Thatsunfähigkeit. Der Arbeiterbewegung wie dem Karlismusaufstand — den beiden brennendsten Fragen, an deren Lösung ihre Existenz hängt — steht sie vollkommen rathlos gegenüber. Nach jener Richtung gar keine Maßregeln, nicht einmal eine Andeutung der eingenommenen oder nur einzunehmenden Stellung, geschweige denn ein Programm; — nach dieser Richtung nur halbe Maßregeln, die schlimmer sind als gar keine. Die Folge ist: Die Arbeiterbevölkerung, welche die feste Stütze einer energischen und gerechten republikanischen Regierung geworden wäre, — betrachtet die Regierung mit einem tiefen Mißtrauen, das jeden Moment zu offener Feindseligkeit auslockern kann; und die Karlismen, die selbst unter dem schwachen Szepter des saoyischen Knaben nur ziemlich geringe Fortschritte machen konnten, sind heute in Besitz eines Dritttheils von Spanien. Statt in sich die Rettung zu suchen, sucht die spanische Regierung nach Art der Schwächlinge sie außen. Die fremden Mächte sollen die Republik „anerkennen“, dann werde sie Geld und Kredit, und damit Alles, haben! Das ist die Litanei, welche die madriter Regierung jetzt in Noten, Circularen und den ihr zu Gebot stehenden Zeitungen ableiert und ableiten läßt. Man würde sich mit Etel von diesem Schauspiel abwenden, wenn nicht die ihm zu Grund liegende Anschauung so unendlich komisch wäre. Die Herren Castelar u. Co. glauben unzweifelhaft, daß ein von den Fürsten Europas, resp. von Ministern unterzeichnetes Stück Papier eine Art Zaubertrank haben und der jungen Republik Glück bringen werde, wie einem Kinde im Volksmährchen der Feenbesen! Für gesinnungsstüchtige Republikaner ein doppelt sonderbarer Aberglaube! Und nun gar erst die naive Annahme, die europäischen Fürsten würden durch das Gewinsel der spanischen Republikaner gerührt und veranlaßt werden, ihnen die rettende Hand zu reichen! Was fällt den Herren Castelar und Compagnie ein? Welches Interesse haben die europäischen Fürsten am Bestehen einer spanischen Republik? Herr Castelar scheint vergessen zu haben, daß er selbst früher die Unverträglichkeit des republikanischen und monarchischen Prinzips aus einandergelegt hat. Ein Interesse haben die europäischen Fürsten allerdings an dem Gang der Dinge in Spanien, aber ihr Interesse ist: daß die Republik niedergeworfen, nicht daß sie befestigt werde. Und die Herren Castelar und Compagnie mögen sich noch so harmlos zeigen, mögen noch so flehentlich winseln: Interesse bleibt Interesse. —

Nachdem sowohl der Reichstag wie das sächsische Justizministerium die Freilassung Bebel's während der Dauer des Reichstags verweigert haben, und dadurch der 17. Bezirk faktisch unvertreten ist, hat Bebel an das Wahlkomitee die Frage gerichtet, ob er das Mandat behalten solle oder nicht. Die Wähler des 17. sächsischen Wahlbezirks werden Gelegenheit haben, sich über diese Frage auszusprechen.

Das „Leipziger Tageblatt“ und die Bebel'sche Wahl.

Unter allen uns gegnerischen Blättern, welche die Sozial-Demokratie mit den niedrigsten Waffen bekämpfen, nimmt das würdige „Leipziger Tageblatt“ die erste Stelle ein. Ein Muster unehrlicher Polemik bildet wieder der Artikel in Nr. 84: „Der Reichstag und die Sozial-Demokraten“, dessen Verfasser augenscheinlich ein berückter junger Leipziger Jurist ist. Befagter juristischer Klopffedter bringt in dem erwähnten Artikel folgende Rabulistik und Fälschung des klaren Wortlauts der Gesetze zu Wege.

Er sagt unter Andern: „Der Reichstag hatte unbedingt gar nicht das Recht, den Schrap-Sonnenmann'schen Antrag anzunehmen; ja es ist sehr fraglich, ob es nicht überhaupt ein Fehlgriff war, in eine Verhandlung über denselben einzugehen, denn in Artikel 3 des Wahlgesetzes ist ausdrücklich bestimmt, daß ein wegen eines politischen Vergehens verurtheilter Abgeordneter wählbar und berechtigt ist, an den Sitzungen des Hauses Theil zu nehmen, sobald diese Wahl in die Zeit nach vollendeter Strafvollstreckung fällt. Während die Strafvollstreckung nach solcher Verurtheilung schwebt, ist nach § 3 und 4 des Wahlgesetzes Niemand wahlberechtigt und Niemand wählbar, und also

sieht es um die Legitimation Bebel's zum Eintritt in den Reichstag noch sehr windig aus.“

Nein, damit sieht es durchaus nicht „windig“ aus; die Legitimation Bebel's ist so unanfechtbar, wie die irgend eines Abgeordneten im Reichstag, und wenn die Herren vom „Tageblatt“ democh den Wortlaut der Gesetze ansehen, um ihre Behauptungen zu begründen, dann geschieht das nur, weil sie der Masse ihrer urtheillosen Leser, denen das Gesetz vollständig unbekannt ist, ein X für ein U vormachen können.

Was will das „Tageblatt“ überhaupt mit seiner Fälschung erreichen? Auf den Reichstag einwirken? Lächerlich. Der Reichstag weiß ohne das „Leipziger Tageblatt“, was er zu thun hat, und die Wahlsprüfungs-Abtheilung desselben würde zweifellos die Bebel'sche Wahl angefochten haben, wenn sie es gekonnt hätte. Sie konnte es aber nicht; und so hat sie sie einstimmig gut geheißten. Aber einen Zweck hatte es doch mit dem Geschreibsel! Natürlich. Es schmeichelte den Schreiber, wenigstens die Leser des „Tageblatts“ irre zu führen und einen kleinen Coup für die nächste Candidatur Bebel's in Leipzig anzuspüren.

Er wird diesen Zweck aber nicht erreichen, und damit alle Welt die ganze Perfidie dieses Vorgehens begreift, will ich dem Herrn „Juristen“ eine kleine Vorlesung über die §§ 3 und 4 des Wahlgesetzes halten.

§ 3 lautet: Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:

- 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Curatel stehen (Dazu gehört Bebel nicht).
- 2) Personen, über deren Vermögen Concurs- oder Fallitustand gerichtlich eröffnet worden ist und zwar während der Dauer dieses Concurs- und Fallitverfahrens (Dazu gehört Bebel ebenfalls nicht).
- 3) Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldern beziehen oder im letzten der vorangegangenen Jahre bezogen haben (Dazu gehört Bebel wiederum nicht).
- 4) Personen, denen in Folge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingesetzt sind.

Ist der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte wegen politischer Vergehen oder Verbrechen entzogen, so tritt die Berechtigung zum Wählen wieder ein, sobald die außerdem erkannte Strafe vollstreckt oder durch Begnadigung erlassen ist.

Auch dieses Alinea, auf welches sich der „Jurist“ so gern stützt, trifft Bebel nicht, denn ihm sind die staatsbürgerlichen Rechte nicht entzogen. Bebel ist verurtheilt worden auf § 95 des Strafgesetzbuchs, und das Mandat zum Reichstag wurde ihm aberkannt auf den zweiten Absatz desselben Paragraphen, welcher lautet: „Neben der Gefängnißstrafe kann auch Verlust der beleideten öffentlichen Aemter, sowie der aus Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.“ Man ersieht also aus dem klaren Wortlaut dieser Stelle, daß von einem Verlust des Wahlrechts keine Rede ist, sondern nur von den im Augenblicke der Verurtheilung innegehabten Ehrenämtern, — wozu also das Reichstagsmandat gehörte. Wenn aber die innegehabten Ehrenämter, wogegen es ist innegehabten, aberkannt worden sind, so ist es ganz selbstverständlich, daß die Annahme eines neuen Ehrenamtes, also eines solchen, das nach der Verurtheilung dem Verurtheilten übertragen wurde, davon nicht betroffen wird. Im Commentar zum deutschen Strafgesetzbuch von Schwarze, Dypenhof u. f. w. kann man diese Ausführung bestätigt finden.

Ebenso wenig wie durch den § 3 ist Bebel durch § 4 des Wahlgesetzes gebunden, ein Mandat anzunehmen. § 4 lautet: „Wählbar zum Abgeordneten ist im ganzen Bundesgebiete jeder Norddeutsche, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt und einem zum Bunde gehörigen Staate seit mindestens einem Jahre angehört hat, sofern er nicht durch die Bestimmungen in dem § 3 von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen ist.“ Diese Berechtigung zum Wählen geht aber Bebel nicht ab, es geht ihm nur dadurch, daß er hinter Schloß und Riegel sitzt, die „Möglichkeit“ zum Wählen ab. Diese „Möglichkeit“ geht aber auch dem ab, der zufällig, während einer Wahl, in China oder Japan eine Reise macht und hat mit der Berechtigung zum Wählen oder Gewähltwerden absolut nichts zu thun.

Bebel ist und bleibt legitimer Vertreter des 17. sächsischen Wahlbezirks, trotzdem der Reichstag ihn nicht gefordert, die sächsische Regierung ihm den Urlaub verweigert und ein erbärmlicher „Jurist“ im „Leipziger Tageblatt“ ihm die Berechtigung bestreitet.

Ein Nichtjurist.

Gewerksgenossenschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Chemnitz, 30. März. An alle Schneider Deutschlands. Berufsgenossen! Wir bringen hiermit zur Kenntniß, daß unsere Collegen in Stade am 23. März an ihre Arbeitgeber bei einer achtstündigen Verhandlung folgende Forderung stellten: 1. eine Lohnerhöhung von 33%, Prozent; 2. Aufhebung der Sonntagsarbeit, jedoch in dringenden Fällen für die Stunde einundeinhalb Groschen mehr. 3. Für jede Tasche, welche über drei in einen Rod kommen, 2 1/2 Groschen mehr. 4. für einen Rod mit Faltenleinen, Schly und Köcher in die Aermel 5 Groschen mehr; 5. bei jedem Stück, welches in Arbeit gegeben wird, einen Zettel mit der Preisangabe.

Da diese Forderung nicht bewilligt wurde, haben die Schneider heute den 30. März die Arbeit eingestellt. Den jetzigen Lebensbedürfnissen angemessen, sind die Löhne traurigster Art, denn der beste Arbeiter verdient bei einem Durchschnittslohn nicht mehr als 4 Thlr. und ein mittlerer nicht einmal 3 Thlr.

Collegen! Wir fordern euch hiermit dringend auf, schleunigst für Unterstützung Sorge zu tragen. Zuzug ist fernzuhalten.

Briefe u. f. w. sind zu senden an Johann Lindloh, Burgstr., Stade. Alle arbeiterfreundlichen Blätter bitten wir diese Zeilen aufzunehmen.

Für den Ausschuß: G. Schöffel.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Die Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse bringt auch die Schuhmacher immer mehr zu der Erkenntniß, daß alles seine Grenzen hat. So bescheiden aber auch die Forderungen der Arbeiter sein mögen, so ist doch ein großer Theil der Arbeitsgeber unversöhnlich genug, auch die kleinste Mehrforderung rundweg abzuschlagen, und anstatt friedlich mit dem Schilfen Hand in Hand zu gehen, suchen viele, geblendet durch eignen Bittelstolz, sich als Meister eine wahrhaft lächerliche Gewalt anzumessen. Die Dreistigkeit des Fabrikanten Wolf in Mainz, welcher seinen Arbeitern nicht nur einen Lohnabzug von 15 Prozent diktirte, sondern dieselben sogar zum

Austritt aus der Union zu zwingen sucht, ist bereits bekannt. Ferner ging uns von Pforzheim eine Depesche zu, nach welcher dort bei den Schuhmachern Streite ausgebrochen ist; vor Zuzug fremder Gehilfen ist gewarnt. Weiter sei bemerkt, daß die Kollegen in Würzburg mit den Arbeitgebern in Unterhandlung stehen. Sodann sind bekanntlich die Löhne in den Erfurter Fabriken so gedrückt, daß eine wesentliche Erhöhung unbedingt stattfinden muß. Schuhmacher, merkt Euch das!

In Regensburg, wo die gleichen Uebelstände (laut Vohntarif in Nr. 24 des Volksstaat) herrschen, scheint es ziemlich still herzugehen. Schuhmacher! Wollt ihr, daß eure Interessen gewahrt werden, dann bleibe keiner zurück, wenn sich um Vereinigung resp. um Unterstützung handelt. Opfer müssen gebracht werden; ohne Ausfaat keine Erndte! Bedauern müssen wir nur, wenn die Kollegen ohne Vorbereitung vereinzelt vorgehen, so daß gleichzeitig an verschiedenen Orten Arbeitseinstellungen erfolgen. Die Hauptlast ist aber nicht in den Stand gesetzt, nach vielen Seiten auf einmal die nötigen Unterstützungen zu gewähren, der Verwaltung wird dadurch eine momentan nicht zu bewältigende Arbeit aufgebürdet und die einzelnen Orte selbst benachteiligt. Rassenbericht folgt nächstens.

Für die Verwaltung Hilger.

Allgemeiner Schuhmacher-Verein.

Berlin, 26. März. Am 24. machten wir eine Mitgliederversammlung ab, worin die Anlagebeschrift der Control-Commission gegen den Ausschluß zur Debatte gestellt wurde, und gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der Control-Commission einverstanden und erkennt den provisorischen Ausschluß bis zur nächsten Generalversammlung an.“ E. Woelky, Schriftführer.

*) Wir enthalten uns jeder Parteinahme in den Wirren des Allg. Schuhmacher-Vereins und werden die Vorkommnisse nur objektiv zum Ausdruck bringen. Red. v. B.

Internationale Metallarbeiterschaft.

Pforzheim, 30. März. Am 9. Febr. hielten wir hier eine Versammlung ab, um einen neuen Ortsverein zu gründen. (Der früher hier bestandene Hirsch-Dunder'sche Verband hatte sich aufgelöst.) Die Tagesordnung lautete: „Die internationale Gewerkschaften.“ Parteigenosse Holzwarth referierte. Es sprachen dann noch mehrere Redner, welche alle die Nothwendigkeit der Organisation hervorhoben. Abends wurden die Statuten der internationalen Metallarbeiterschaft den Anwesenden zertheilt, und sie aufgefodert, in die Gewerkschaft einzutreten. Es zeichneten sich 44 Mann ein. Acht Tage später hielten wir eine Versammlung und wählten dort die Beamten; es stieg daselbst unsere Mitgliedschaft auf 56 Mann. Heute ist unsere Mitgliedschaft bereits auf 82 Mann gestiegen. — Dank unserer hiesigen Parteigenossen, welche uns zu jeder Zeit kräftig unterstützten. Wir könnten hier aber ein noch größeres Resultat erzielen, wenn nicht unter einigen Mitgliedern von früheren Ortsvereinen eine persönliche Feindschaft bestände. Ja, Einzelne gehen sogar so weit, in ihrer fanatischen Wuth ihre Bekannten aufzufordern, nicht in die Gewerkschaft einzutreten. Man sieht, daß diese Arbeiter sich ihrer Aufgabe nicht bewußt sind, sonst würden sie nicht so ihrer persönlichen Rache fröhnen. Einige haben sich schon eines Besseren besonnen und sind der Gewerkschaft beigetreten. Den Anderen aber, welche meinen, mit ihrem Widerstand uns zu erlahmen, ihnen rufen wir zu: Euer Widerstand spornet uns zu neuer Thatkraft an, und trotz aller Verläumdungen sind wir doch von Woche zu Woche stärker geworden. Mit sozialdemokratischem Gruß

Karl Jbsen, Bevollmächtigter.

Correspondenzen.

Reichenbach i. B., 24. März. Schon oftmals wurden hier die Prinzipien der Sozialdemokratie in Volksversammlungen durch hiesige und auswärtige Redner erläutert und damit unserer Sache neue Anhänger geschaffen, sowie auch den zur Erkenntniß ihrer Klassenlage gekommenen Arbeiter immer deutlicher gezeigt, daß den kranken Gesellschaftsformen nur eine Radikalur zu heilen vermöge. In einer am 15. März mit der Tagesordnung: „Der Kampf der Sozialdemokratie gegen die industrielle Anarchie“, am Morgen dieses Tages erst berufene, auch andernorts von mehreren Fabrikanten besuchte Volksversammlung wurde den Anwesenden von J. Auer aus Berlin speziell der ökonomische Entwicklungsprozeß, wie Kapitalbildung, Lohngesetz nebst Spartheorie, in einem längeren, gediegenden Vortrag erläutert, welcher wohl die anwesenden Arbeiter, nicht aber die Herren Fabrikanten befriedigte, da das von ihnen gepriesene Sparen, wodurch sie bekanntlich den heutigen Reichthum erworben haben wollen, ganz anders beurtheilt und erklärt wurde. Möchten immerfort die Arbeiter verlangen zeigen, zu wissen, woher die mißlichen Verhältnisse stammen und wohin sie nothwendiger Weise führen.

R. Müller.

Brannschweig, 27. März. Unser Parteigenosse Rabner hatte sich auf vorhergehende Einladung zu einer Versammlung der Buchbinder eingeladen, wo der Nürnberger Buchbinderkongreß besprochen werden sollte. Eine Clique, dirigirt von einem gewissen Pape, brachte es dahin, daß Rabner auf Beschluß der Versammlung nicht sprechen durfte, weil er — der Buchhalter von Bracke und Sozialdemokrat sei. Die Clique rief sogar die Polizei zu Hilfe. Rabner mußte der spießbürgerlichen Verrathheit der Herren Pape und Konforten weichen. Derselbe wird diesen brutalen Akt auf dem Nürnberger Kongreß zur Sprache bringen, wo hoffentlich das Verfahren der Herren Pape und Konforten zur unsterblichen Lächerlichkeit verurtheilt werden wird.

Gladbach. (An alle Tischlergesellen Deutschlands.) Da die hiesigen Tischlergesellen mit ihren Meistern in Unterhandlung sind wegen Lohnherabsetzung und geregelter Arbeitszeit, die Meister den gerechten Forderungen der Gesellen bis heute aber noch nicht nachgegeben sind, folglich ein Strike in Aussicht steht, so wird gebeten, den Zuzug von Gladbach fern zu halten.

Im Auftrage des Komitees

Jos. Sauren.

Honsdorf, 23. März. Sonntag, den 16. d. J., fand hier selbst eine von etwa 3/4 hundert Personen besuchte Volksversammlung statt, in welcher Herr G. Schumacher aus Eöln einen Vortrag über „die kulturhistorische Entwicklung und die Religion“ hielt. Derselbe zeigte, daß auch im grauen Alterthum Männer für die freie Forschung aufgetreten, daß wir immer weiter kämen und nicht erwidern sollten in der Geltendmachung unserer Prinzipien. Der Vortrag, welcher 2 volle Stunden dauerte, ist sehr beifällig aufgenommen worden. In einer früheren geschlossenen Parteiversammlung wurde einstimmig beschlossen, eine Einigung

der bestehenden sozial-demokratischen Fraktionen anzubahnen um bei den nächsten Wahlen wie Ein Mann unseren gemeinschaftlichen Gegnern mit Macht entgegenzutreten.

Mit Gruß und Handschlag Ernst Wike, Breitestraße.
Kreuznach, 2. März. (Polizeivillführ.) Am Freitag den 14. v. M. Nachmittags begab ich mich mit Hochgürtel zum hiesigen Commissar, um eine Versammlung unserer Partei auf den folgenden Tag anzumelden. Von diesem wurden wir an den Bürgermeistermeister gewiesen; da dieser aber schlief, gaben wir die schriftliche Anmeldung an dessen Köchin in Vertretung des Herrn Stadthauptes ab, konnten aber, da diese natürlicherweise nicht ermächtigt war, Bescheinigungen u. dgl. anzustellen, keine solche erlangen. Als wir nun am Samstag zur festgesetzten Zeit in unserem bisherigen Parteilokale erschienen, eröffnete uns die Wirthin, eine Wittwe, daß sie der Bürgermeister gestern zu sich beschieden und ihr eröffnet hatte, uns unter keinen Umständen das Lokal zu überlassen, worauf wir aber nicht eingingen, sondern, da sie uns das Lokal einmal versprochen hatte, bestanden wir auch darauf, und da alle Mitglieder und viele Fremde erschienen waren, wurde die Versammlung, nachdem wir den Vorsitzenden und 2 Schriftführer gewählt, eröffnet. Aber kaum das erste Redner bezogenen hatte, erschienen zwei Polizisten. Diese Hüter der Ordnung suchten nun die Versammlung dadurch zu stören, daß sie die anwesenden Gäste und den Sohn der Wirthschaft laut anstießen, uns hindanzuschmeißen, was den Leuten aber wenig schlecht bekommen wäre. — Bald darauf erschien der Polizeikommissar, der sich an Hochgürtel wandte und die Bescheinigung der Anmeldung verlangte, worauf ihm Hochgürtel die Sachlage erzählte und er die Versammlung für geschlossen erklärte. Sämmtliche Parteigenossen entfernten sich darauf, nur ich und Hochgürtel blieben noch in der Wirthschaft, uns bei einem Glase Bier unterhaltend, worauf der Commissar auf uns zutrat und uns erklärte, daß wir uns entfernen müßten, worauf wir ihm eröffneten, wir seien hier in einer öffentlichen Wirthschaft und er könne uns diese nicht verbieten, worüber wir mit ihm, da dieses ihm nicht einleuchten wollte, in Disput gerietzen. „Wer sind Sie?“ wandte er sich an mich, worauf ihm der dienstfertige Polizist statt meiner erwiderte: „Das ist der Amtsstube!“ donnerte Jener mich an, worauf ich ihm erwiderte, daß mir dieses gar nicht einfiel; wenn er etwas mit mir zu thun hätte, dann er mich gerichtlich laden, einem solchen ungesetzlichen Befehle würde ich keinesfalls Folge leisten, worauf mich der Polizist F. mit den Worten: „Himmelsakrementsker Lausbube“ zur Thür hindrangte. Dieses Alles geschah im Beisein des würdigen Commissars. Am Auslauf zu vermeiden, jog wir es vor, uns zu entfernen. Zwei Tage darauf erhielt Hochgürtel eine Ladung vor's Polizeigericht wegen „groben Unfugs in öffentlicher Wirthschaft.“ Gute Anshilfe! Dort vorgekommen, wurde er nach ausgedehnter Vertheidigung wegen „Hausfriedensbruchs“ zu einer Woche Arrest verurtheilt. — Ich habe wegen Verleumdung gegen den Polizisten Beschwerde eingereicht. Hochgürtel und Lambert sind gemahregelt worden!

Mit sozialdemokratischem Gruß

für die Parteigenossen in Kreuznach . . . z.
Hannover, im März. Kollegen und Berufsgenossen! Wir sehen uns veranlaßt, Euch, um Abregungen vorzubringen, wahrheitsgetreu über die am 3. März hier stattgefundene Tischler-Versammlung zu berichten. Herr Schwelendiel wandte sich von Kiel aus an Herrn Fundstein mit der Bitte, eine Versammlung von Tischlern einzuberufen, in welcher er über die Tischlerbewegung in Deutschland referiren wolle. In dem Anfrufe zur Versammlung war irrthümlich als Tagesordnung nicht Tischlerbewegung sondern Arbeiterbewegung angegeben. Fundstein setzte Herrn Schwelendiel, sowie Herrn Schmitz, der auch mit erschienen, vor der Versammlung davon in Kenntniß; beide Herren ärgerten, das schade nicht, sie wären damit einverstanden. Darauf wurde die Versammlung eröffnet und Fundstein als erster, Fahrmann als zweiter Vorsitzender, Stehr als Schriftführer gewählt. Schwelendiel referirte in einem längeren, gediegenden Vortrage über die Arbeiterverhältnisse Deutschlands und forderte am Schluß auf, dem allgemeinen Tischler- (Schreiner) Verein beizutreten. Darauf sprach Bed von Hannover gegen den Beitritt und schilderte die Verhältnisse in Loos der Weise; er führte an, daß die Tischler in Hannover nach dem früher vorgefallenen mißtrauisch geworden wären gegen Alles was von Berlin komme. Schmitz und Schwelendiel verwahrten sich dagegen. Wessener von Hannover brachte folgende Resolution ein: „Die heutige Tischlerversammlung möge beschließen, dem Allgemeinen Tischler- (Schreiner) Verein vorläufig noch nicht beizutreten, die Berliner Tischler aber bei einem ausbrechenden Strike nach Kräften zu unterstützen“, welche bei der Abstimmung gegen eine andere Resolution von Schwelendiel angenommen wurde. Es wurde constatirt, daß schon von Anfang der Versammlung die Korymben des hiesigen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (keine Tischler) anwesend waren, um die Versammlung durch ihre Gegenwart zu beeinflussen. Aus diesen und noch anderen Gründen drängten sich uns folgende Fragen auf, um deren Beantwortung wir freundlichst ersuchen:

- 1) Muß jedes Mitglied des Allgemeinen Tischler- (Schreiner) Vereins auch Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sein?
 - 2) Bezahlt der Allgem. Tischler- (Schreiner) Verein die Agitatoren des Allg. Deutschen Arbeitervereins oder nur die seinigen?
 - 3) Ist das Vorstandsmitglied, Herr Schmitz, verpflichtet, dem Statut nachzukommen, oder steht derselbe über dem Statut?
- Er hielt es in obiger Versammlung nicht der Mühe werth, für den Verein, dessen Vorstand er angehört, zu sprechen, sondern nur für den Allgem. Deutschen Arbeiterverein, zu dessen Beitritt er auch von der Tribüne anforderte, ja er äußerte mit größter Entzwei die sarkastischen Worte: Wer die Lehren F. Lassalle's nicht vertritt, der ist kein Arbeiter!!!

Wir hatten bestimmt erwartet, wenn der Verein Agitatoren anwendet, daß dieselben hauptsächlich für den Verein wirken und uns seine Zwecke, Ziele, Organisation u. s. w. mittheilen sollten. Von alledem ist uns aber nichts bekannt geworden, wohl aber wollte man uns moralisch zwingen, dem Allgem. Deutschen Arbeiterverein beizutreten. — Was für ein Bild hat sich durch die Anwesenheit dieser Herren vom Allgem. Tischler- (Schreiner) Verein vor unsern Augen entrollt! Wir wünschen deshalb, daß uns genügende Aufklärung zu Theil werde. Jenen beiden Herren rufen wir aber am Schluß zu: Nur Einem Herrn kann und soll man dienen.

Mit collegialischem Gruß

der Tischler-Fachverein zu Hannover.

Witten. Am 9. März hatten wir eine Volksversammlung einberufen, welche von ca. 600 Personen besucht war. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: „Das arme arbeitende Volk und die Mittel zur Besserung seiner Lage.“ Raspe aus Essen als Referent wies nach, wie der Arbeiter seine Lage nur bessern könne, wenn er sich mit seinen Brüdern zusammenschadete unter der Fahne

der Sozialdemokratie, die keinen Wechsel der Farbe kenne; wie dagegen die nationalliberale, die Fortschritts- und andere Parteien ihre Fahne stets nach ihrem eigenen Interesse wechselten, wie solche am Wahltage dem Arbeiter die schönsten Versprechungen machten, aber nach dem Wahltage sie nicht hielten, wie sie im Landtage, um sich zu zeigen, wegen einer kleinen Beamtengehaltserhöhung bandwurmartige Reden hielten, aber in Wahrheit sich um die arbeitende Klasse nicht kümmerten. Nachdem Raspe eine ganze Stunde unter allgemeinem Beifall der Versammlung gesprochen hatte, nahm Seelig aus Essen das Wort. Derselbe sprach sehr gut, wobei er indeß häufige Anspielungen auf den Allg. deutschen Arbeiterverein machte. Hieran nahm Raspe über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die indirekten Steuern und die projectirte Erhöhung der Tabaksteuer“ das Wort. Nachdem er diesen Punkt in treffender Weise beleuchtet und schließlich aufgedeckt hatte, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei beizutreten, warnte er, sich durch Demoredeu behörden lassen. Dies wurde von Seelig als Beleidigung aufgenommen, worauf derselbe lange gewartet zu haben schien; es entstand eine Debatte, die Seelig gezeigt hat, daß sich ihm in Witten kein Boden ist. Auch beifälligste Seelig die untenstehende Resolution. Indem er das „Autoritätsprinzip“ abgeschafft haben wollte, verlangte er, die Resolution sollte anstatt an Bebel, direkt an den Reichstag*) gesendet werden. Hätten wir dieselbe anstatt an Bebel an Derosi in Berlin senden wollen, so hätte Seelig sicher kein „Autoritätsprinzip“ gekannt. Schließlich wurde die Resolution mit allen gegen Seelig's einzige Stimme angenommen, und zwar mit dem Bemerkten, nur falls Bebel nicht früh genug im Reichstage sein könnte, sollte dieselbe direct an den Reichstag gesandt werden.

Die Resolution lautete: „Die heute im Hemsoth'schen Saale in Witten berufene Volksversammlung beschließt: In Erwägung, daß die Tabaksteuer für die arbeitende Klasse eine durchaus drückende und ungerechte Steuer ist, in fernerer Erwägung, daß jede indirecte Steuer für die arbeitende Klasse eine ungerechte ist, protestiren wir gegen die von der Reichsregierung projectirte Tabaksteuer und ersuchen wir hiermit den einzigen Vertreter der arbeitenden Klasse, A. Bebel, an geeigneter Statt in diesem Sinne thätig sein zu wollen.“

Ed. Wenzel, Carl Wenzel, B. Dirgart, E. Vogt, Fr. Feldhaus, H. Berner, Th. Jungmann.

*) Demnach scheint dieser brave Mann den „Reichstag“ für keine „Autorität“ zu halten. Red. v. B.

Ludewalde, 15. März. Am 25. v. M. durch ein Telegramm von Finsterwalde nach Berlin berufen, wurde mir dort auf der Stadtvoigt die erste Vertheilung, daß ich aufs Neue wieder dem Arm der strafenden Gerechtigkeit verfallen, und zwar diesmal wegen Majestätsbeleidigung. Nachdem ich mich im Spiegel besah und von dem neuen Rainscheide der Majestätsbeleidigung keine Spur auf der Stirn entdeckte, ging ich ruhig hinweg mit dem festen Vorsatz, mich in Zukunft eines besseren Lebenswandels zu befleißigen. — Am Sonnabend den 22. v. M. traf ich in Jüterbog ein, um dort auf einer Volksversammlung über die schlechte Lage des Arbeiter-, resp. kleineren Handwerkerstandes, über die Mittel und Wege zu deren Besserung zu sprechen.

Freund Ehrhardt aus Ludewalde begleitete mich; bei Eröffnung der Versammlung nun zeigte es sich indeß, daß wir die Rechnung ohne einen fortschrittlichen Schneidermeister, früher ein sehr frommes Gemüth, gemacht hatten. Derselbe bestand darauf, vor der Wahl des Bureau's erst mitzutheilen, welcher Partei der Referent angehöre. Freund Ehrhardt bedeutete das ungerührte Schneiderlein, er möchte nur abwarten, er könne ja dann hören. Zwar wollte sich der Mann von Bügeleisen und Zwirn damit nicht zufrieden geben, aber man ging einfach über ihn hinweg und schritt zur Bureau-Wahl. Hieran erhielt ich das Wort zu meinem Vortrage; derselbe wurde sehr beifällig aufgenommen und zog unsere Gegner, nachdem sie sahen, daß die große Mehrheit der Versammelten mit mir einverstanden war und ihre Störungsversuche nutzlos waren, ab. Der Aufforderung, in die Partei einzutreten und sich dem gemeinsamen Bruderbund anzuschließen, leistete sofort eine Anzahl Arbeiter Folge, und ist es uns schon gelungen, in dem Wahlkreise Ludewalde-Jüterbog festen Fuß zu fassen, was bei der nächsten Reichstagswahl nicht ohne gute Folgen sein dürfte. Am Sonntag begaben wir uns nach Kloster Zinna, wo wir ebenfalls wirkten. Eine Versammlung konnte indeß nicht stattfinden, da Fastnacht gefeiert wurde und ein Saal in Folge dessen nicht zu bekommen war. Am Montag war in Ludewalde Volksversammlung, dieselbe war trotz des schlechten Wetters ziemlich gut besucht; ich sprach über die Bestrebungen der Reaction und die Wiederwahl Bebels. Gegner fanden sich keine und verlief die Versammlung in schönster Ordnung.

Mit Gruß J. Auer.

Eßlingen, 11. März. Sonntag den 9. März war hier vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein in Stuttgart große Volksversammlung im Schwaneisaale einberufen. Tagesordnung: 1) Die Erhöhung der Tabaksteuer. Referent Herr Stöhr aus Kiel. 2) Die indirecten Steuern. Referent Fleischmann aus Stuttgart. Die Plakate wurden so spät angeschlagen, daß wir keine Einladung in den Lokalblättern zum Besuche der Versammlung ergehen lassen konnten; die Folge war, daß viele unserer Parteigenossen erst von der Versammlung erfahren, als dieselbe stattgefunden hatte. Trotzdem kam der Vorzug doch in unsere Hände. Herr Stöhr begründete in zufriedenstellender Weise die Abweisung der Erhöhung der Tabaksteuer und stellte schließlich den Antrag, einen Protest, den bekannten Hufeisenverschen, an den Reichstag zu erlassen. Wir Eßlinger stellten hierzu den Zusatzantrag, den Protest dem gegenwärtig einzigen Vertreter der sozialdemokratischen Partei — Bebel — zur Vertretung zu überweisen. Der Protest mit dem Zusatzantrag wurde mit großer Mehrheit angenommen, dagegen (gegen die Ueberweisung an Bebel) stimmten die Stuttgarter Allgemeinen. Nachdem Herr Fleischmann aus Stuttgart den zweiten Punkt erledigt hatte, wurde von unserer Seite Beschluß beantragt, der auch mit großer Mehrheit angenommen wurde. Die Versammlung trennte sich dann, unter dem Gesange sozialdemokratischer Lieder. Wir haben nun den Wunsch, daß die auf der Tribüne ausgesprochene Mahnung an die Stuttgarter Mitglieder des Allg. d. Arbeitervereins, künftig, wenn von denselben Volksversammlungen in Eßlingen beabsichtigt werden, uns rechtzeitig davon in Kenntniß zu setzen, beherzigt werde, damit es nicht zu auffallend den Anschein gewinne, als ob eine schwache Versammlung in Eßlingen den Stuttgarter erwünscht wäre.

Berlin, 17. März. Nachdem bereits Freund Auer auf seiner Agitationsreise in Jüterbog eine Mitgliedschaft gegründet, hatten wir am 1. März dort wiederum eine Volksversammlung einberufen, in der Herr Kayler aus Berlin referiren sollte. Leider konnte diese Vorversammlung nicht stattfinden zur großen Freude unserer Gegner, unter denen sich namentlich ein Herr Köhler „Schneidermeister, Patriot und Führer der Frommen“ hervorhob. Derselbe rühmte sich, die Versammlung wäre unterblieben, weil wir

seine „Widerlegungen“ gefürchtet hätten. Aber die Freude dieses Herrn war zu früh; am Sonnabend den 8. März fand im Saalbachschen Saale eine glänzend besuchte Volksversammlung statt. Herr Bernstein aus Berlin hielt einen anderthalbstündigen Vortrag über die Großindustrie und die Lage der Kleinmeister und Arbeiter. Die Versammlung folgte dem Referat mit großer Aufmerksamkeit und ehrte den Redner durch zahlreichen Beifall. Plötzlich erscholl der Ruf „Köhler!“, „widerlegen!“ und Patriot Köhler, der im Nebenraum auf den Referenten schimpfte, mußte wohl oder übel das Wort ergreifen. Es wird unsern auswärtigen Parteigenossen Vergnügen machen, zu erfahren, wie Patriot Köhler „widerlegte“.

Köhler: Meine Herren! — Pause — (Bravo!) Der Referent ist ein Revolutionär (aba!), ja mein Herr, Sie sind hierhergekommen, um Haß und Unfrieden zu säen, (hu!) Sie haben das Handweck beschimpft! (Patriot Köhler meinte hiermit die Ausführungen des Referenten über die schädlichen Einflüsse, denen die Arbeiter der einzelnen Branchen ausgesetzt sind — o Logik!) Wollen Sie denn nachdenklich sein? Wenn keiner mehr Schuster oder Schneider wird, dann müssen Sie nachdenklich sein. (Sehr richtig.)

Bernstein: Die Ausführungen des Vorredners und der Beifall, mit dem die Versammlung mich beehrte, sind mir ein Beweis, daß die „rohen, ungebildeten Arbeiter“ mich besser verstanden haben als der Herr Schneidermeister und Unternehmer. (Stürmischer Beifall, Patriot Köhler ruft wüthend: „es sind nur 20, die Ihnen zustimmen.“ Patriot Köhler scheint nicht bis 21 zählen zu können!)

Nachdem die Heiterkeit sich etwas gelegt, erklärte Bernstein noch das Parteiprogramm und forderte zum Eintritt in die Partei auf, was auch viele befolgten, ein Beweis, daß auch unter den Arbeitern Jüngerbocks der Sozialismus sich Bahn bricht. Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!

R. Grünert. A. Geferid.

Jägerndorf, den 16. März. Seit längerer Zeit geht man auf dem Centralbahnhof in Jägerndorf mit dem für die armen Kapitalisten und Geldspekulanten wohlthätigen Gedanken um, höchstnützlich eine Arbeiter-Krankenkasse zu errichten, um von dem ohnehin kargen Lohn der Arbeiter noch einen gewissen Tribut für die Geldsäcke zu erhalten und selbe auf Kosten der Arbeiter besser und schneller zu füllen. Zu diesem Zwecke wurde in einem Circular der Generaldirektion den Arbeitern kundgemacht, daß alle Arbeiter, welche dieser Kasse beitreten wollen, sich zu unterzeichnen hätten. Dies geschah seitens der Generaldirektion. Bei unserer Stationsleitung wurde diese Kundmachung jedoch in ganz anderem Sinne aufgefaßt und diese „Freiwilligkeit“ in ein „Muß“ umgewandelt. Da wir jedoch von allem Anfang hier beschäftigt sind und schon viele Arbeiter theils durch schlechte Einrichtung der Werkstätten (da die Dampfen ohne Rauchrohren dastehen, daher der Gesundheit höchst nachtheilig sind) erkrankt und verunglückt sind, ohne auch nur den kleinsten Theil einer Unterstützung zu erhalten, so haben wir uns selbst versorgt und sind der in jeder Beziehung für den Arbeiter vortheilhaften Kranken- und Invaliden-Kasse in Jägerndorf beigetreten. Wir erklären daher ein für allemal, dem Zwangsinstitute nicht beizutreten oder uns in dasselbe hineinschleusen zu lassen, und wenn diese Herren von ihrem Vorhaben nicht ablassen, so sind wir alle einig, die Arbeit einzustellen, da wir uns keinen Lohnabzug gefallen lassen wollen.

Wir ersuchen daher alle Partei- und Gesinnungsgenossen, jeden Zugang fernzuhalten.

Für die Eisen- und Metallarbeiter der mähr.-schles. Centralbahn in Jägerndorf: Bedling, Maschinen Schlosser.

Wurheim, 30. März. Kollegen allerorts! Wo ihr auch weilt, hört auf unserer Bitte, und in unserm Strife, der unter dem heutigen Dato ausgebrochen ist, zu unterstützen. Trotz unserer Unterhandlung mit dem hiesigen Arbeitsgebern um 20 Prozent Lohnerhöhung ist kein Resultat erzielt worden; dieselben hatten uns um 8 Tage Frist gebeten, welche wir auch gewährten, da wir der Ueberzeugung waren, daß uns die Forderung genehmigt würde; denn die Herren versprachen, nach Kräften uns aufzubessern. Aber sie ließen uns bis auf den letzten Augenblick warten und erklärten schließlich, daß sie einige Stücke um 5—10 Prozent aufbessern wollten, und auch dieses nur auf Logis und für die besseren Arbeiter. Unter solchen Umständen kann auch die 12stündige Arbeitszeit nicht eingeführt werden. Wie würde sich der Centralverein freuen, wenn wir den Meister-Tarif annehmen müßten! Wie würden dann in den andern Städten die Arbeiter behandelt werden, wenn dieselben den Sieg davontrügen! Auch wollen die Meister bekannt machen, daß von unseren stritenden Kollegen, welche abreißen, keine irgendwo eingestellt werden sollen; damit alle gezwungen wären, die Arbeit wieder aufzunehmen. Darum, Kollegen, fordere ich Euch auf: nehmt die Leute, die von hier kommen, freundlich auf; sorget für sie und unterstützt uns, damit wir siegen können.

Briefe u. s. w. nimmt an der Vorstand des Goldarbeitervereins J. Dittus, Dillsteinerstraße 25b.

Im Auftrage des Vorstandes: F. Schwafsky.

Saalfeld, 12. März. Hier entstand eine Mitgliedschaft von circa 80 Mann in einem Zeitraum von einem halben Jahr; die Arbeiter sind von einem guten Geist befeelt, was uns darauf schließen läßt, daß wir es noch viel weiter bringen können. Erst wollte es nicht recht vorwärts; nachdem aber Ufert hier gesprochen hatte und sich einige 20 Mann eingestellt hatten, hielten wir eine Arbeiterversammlung ab, in der ich über die verschiedenen Fraktionen und deren Bestrebungen sprach. Wir halten jeden Sonnabend Versammlung und haben die Freude, das Lokal immer gut besucht zu sehen.

Mit sozial-demokratischem Gruß Herm. Keller.

Zürich, 1. April. Mit heute ist eine Strife der Zimmerleute hier ausgebrochen. Forderungen sind: Ein Minimum Tagelohn von 4 Fr. nebst Beibehaltung des üblichen vom Meister zu gebenden Frühstück- und Beiprunktes, sowie die Arbeitszeit auf zehn und einer halben Stunde festzusetzen. Alle Kollegen ersuchen wir bis auf weitere Anzeige Zürich zu meiden.

Im Auftrage: R. Büttner.

NB. Wir bitten alle Arbeiterblätter um Aufnahme vorstehender Notiz.

Verichtigung

des in Nr. 24 des „Volkstaat“ vom 10. März unter „Deutsch aus Kall gemeldeten Vorfalles.“

Auf Veranlassung des Bürgermeisters hier selbst vom 21. Jan. e. hat der Armenarzt die fragliche Person Th. gleich untersucht, und am Tage nachher fand sie schon Aufnahme in das Krankenhaus. — Bezüglich der barmherzigen Schwester verweigert man die reichlichen Spenden, wie Betten, Leintücher, Kleidungsstücke Spezerischen, Geld u. c. (mit einem ungefähren Werthe von 30 Thalern), womit sie noch vor einigen Tagen für sich und ihre Kinder so hochherzig bedacht worden. Die angeblichen Krämpfe rühren von der Fallsucht her, woran die Frau seit Jahr und Tag leidet, und die den Schwestern in den Mund gelegten „Flüche“ gehören in

das Reich böswilliger Erfindung. Was den Pfarrer betrifft, so ist derselbe von keiner Seite um irgend eine Gabe gebeten worden, was die Frau selbst erhärtet; vielmehr hat er mit den Schwestern für das Nothwendigste gesorgt, für die sofortige Unterbringung in das Krankenhaus. Das spöttisch angeführte „Wasswasser“ war nichts als die einfache Purification der 2 Verfertiger, die nach der h. Handlung den Kranken gereicht zu werden pflegt.

Die Armenverwaltung hat, außer der Sorge für den irrsinnigen Mann, während zwei Monaten an Pflanzkosten für die Frau und 3 Kinder pro Monat 23 Thlr. gezahlt; daß der leichtsinnigen, epileptischen Frau bei dem Zusammenleben mit ihrem Kostgänger Abzüge gemacht worden, dürfte selbstverständlich sein.

Uebrigens der Schreiber oder Veranlasser solcher böswilligen Entstellungen läßt sich leicht errathen, derselbe ist dafür hier vollends gekennzeichnet und auch — durchaus dafür befähigt.

Kall, den 27. März 1873.

Rießen, Pfarrer.
Wiersberg, Bürgermeister.
Dr. Harling, Armenarzt.

(Indem wir unserem Korrespondenten die weitere Verantwortung für seine Mittheilung überlassen müssen, halten wir uns zunächst verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen, daß unsere Deuter Correspondenz vom 10. März datirt war, also die Angabe der „Verichtigung“, daß „noch vor einigen Tagen“ (d. h. kurz vor dem 27. März) seitens der Schwestern Gaben geschickt worden seien, unsern Korrespondenten unberührt läßt; derselbe konnte doch am 10. März nicht wissen, was 14 Tage darauf geschehen würde, also es auch nicht „verschweigen“. — Die Behauptung, daß der zweite Kasser Arzt nicht habe kommen wollen, wird unwiderlegt gelassen, und der Versicherung, daß ein im Hause der kranken Frau wohnender Mann den Pfarrer um eine Gabe für diese gebeten habe, entgegengestellt, die Frau könne das Gegentheil „erhärten“. Unser Korrespondent hätte also noch zu erklären: 1) wie er zu der Angabe gekommen sei, daß die Armenverwaltung pro Woche nur 7 1/2 Gr. und 1 Schwarzbrot gegeben habe, und 2) hätte er das Datum anzugeben, an welchem der Armenarzt „einmal kam und nicht wieder“; endlich hätte er 3) genau anzugeben, wie viel Tage zwischen diesem ersten Besuche und dem 21. Jan. verlossen waren. — Zu dieser Aufforderung an unsern Korrespondenten sind wir gezwungen, weil wir nicht Lust haben, für Alles, was sich die Leute gerüchweise erzählen, die Verantwortung zu übernehmen.

Red. d. Volkst.

Zur Notiz.

- Die Redaktion bittet ältere Gesinnungsgenossen
- 1) um die Liste der Steuerverweigerer aus der preussischen Nationalversammlung von 1848,
 - 2) um genaue Angabe, wer der Verfasser der 1843 bei Theile in Königsberg erschienenen „Zeitsignale, Lieder eines Publizisten“, ist.

Briefkasten

der Expedition: E. K. Jun. in Weimar: für Abonn. erstes Quart. Thlr. 12. erb. Dsh. in Würzb.: f. Abonn. erstes Quart. Thlr. 4. 21. 6. erb. Wölnnd. in Offen: f. Abonn. zweites Quart. Thlr. 6. erb. R. Pa. in Wien: f. Abonn. zweites Quart. Thlr. 3. erb. Edm. in Salzburg: f. Abonn. zweites Quart. Thlr. 1. 6. — erb. Bär. in Leipzig: f. Schrift 4 Gr. erb. Rte. in Gelsenau: f. Schrift. Or. 24. 5. erb. Gg. in Kirchheimbolanden, jedenfalls ein Versehen der Post. Ggfr. in Leipzig: f. Schrift. 8 Gr. erb. Stof. in Mainz: für Volkstaat Or. 4. 5. erb. Or. in Leipzig: f. Abonn. Febr. u. März 9 Gr. erb. R. Schom. in Jägerndorf: f. Abonn. zweites Quart. Thlr. 3. erb. Bemm. in Odenpöpingen: f. Abonn. erstes Quart. Thlr. 10. f. Schrift. Thlr. 2. erb. Fr. von in Schwab.-Gmünd: für Abonn. erstes Quart. Thlr. 10. erb. C. Hartmann in Mainz: f. Abonn. erstes Quart. Thlr. 9. 18. — erb. A. Rte. in Königsberg: f. Annone. Or. 12. f. Abonn. zweites Quart. Thlr. 2. 18. — erb. G. Gernm. in Frankfurt a. M.: für die freil. Buchdr. Thlr. 5. 17. — erb. C. Bahr. in Stolberg: für die freil. Buchdr. Thlr. 2. Mär. in Chemnitz: 75 ohne Freizept. Hse. in Mafrecht: für Abonn. zweites Quart. Thlr. 1. 8. — erb. G. Hun. in Göttingen: für Abonn. u. Schrift. Thlr. 25. erb. Wöhr. in Leuba bei Ostzig: für Monatsabonn. 8 Gr. erb. Für Sachen nimmt die Post Monatsabonn. an. der Redaktion: R. in Erfurt: Die Goldarbeiter-Gewerkschaft ist in der letzten Nr. ja verständigigt worden; das Weitere in nächster Nr. Aus Raumangel sind zurückgelegt für nächste Nr.: Augsburg, Duisburg, Rochly, Chemnitz. 3. in Schweinfurt: Welche Genossenschaft vertreten Sie? Sie haben uns dies nicht mitgeteilt. Scheil: Brief erhalten. des Ausschusses: Anonymus in Rürnberg: Leute, die anonyme Briefe schreiben, discrediten sich selbst. Wer Ihnen gesagt, daß ich während meiner Anwesenheit dort eine derartige Zuschrift von B. in G. erhalten hätte, hat gelogen. Alles Uebrige, insbesondere das Märchen von 8 Jahren „Berschwiegenheit“, zu albern. Th. Nord.

Quittung.

1 Thlr. 15 Gr. von den Mitgliedern der soz.-dem. Partei in Köthensdorf durch Herrn Unger hat mit Dank erhalten. G. Lamm.

Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antheilsscheine bei Antheilquittungen erhalten ferner: In Leipzig: R. C. Thlr. 23. 3. 2. 2/3; in Zbonberg R. D. 2. Hablich.

Fond für pol. Gemafregelte.

Von F. A. Reuter in Gelsenau gesamm. bei einer Abendunterhaltung 19 Gr. Von G. Gerhardt hier, Beitrag eines Bezirksbeirats 1 Thlr. 10 Gr.

Für die Inhabstirten

ging ferner bei uns ein: Von Weimar d. Gierg 2 Thlr.; von Jrebs in Reutlingen 17 Gr. (zur Agitation); von Hohenstein d. Pöfnel 1 Thlr.; von Rürnberg d. Scheren 2 Thlr. 8 Gr. 7 Pf.; von Saarbrücken d. C. Z. 3 Thlr. 15 Gr.; von dem Turnern des A.-B.-S. zu D. d. Hille 2 Thlr. (zur Agitation); von Gelsenau d. Reuter 11 Gr.; von Mainz d. Vemoisne 9 Thlr. 17 Gr.; von Schw.-Gmünd d. Rosmarinewelt 5 Thlr. 4 Gr.; von Chemnitz d. Schubert von J. R. Ger. 10 Thlr. (zur Agitation); von Freunden in der Baumwollensabrik in Brühl bei Göttingen 2 Fl. 42 Kr.; von Stollberg d. Beckerl ges. am 18. März 2 Thlr.; von Wylau d. Reichel sen. 4 Thlr. 15 Gr.; von Mittinghausen in Geln 11 Thlr., Partei 7 Thlr. J. A. d. Benneke in Hamburg, II. Schäferlamp 34.

Altona. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonntag den 6. April, Nachmittags 4 Uhr: Generalversammlung der Krankenkasse im Schuhmacher-Amisshaus, gr. Bergstraße. Der Vorstand.

Berlin. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Versammlung der Böttchergehiffen Sonntag den 6. April, Vormittags 10 Uhr, im Heise'schen Lokale, Pandobergerstraße Nr. 15. — Tagesordnung: Vortrag und Verschiedenes. Der Vorstand.

NB. Den partiellen Strife der Riech'schen Werkstatt erklären wir hiermit für beendet. Er hat uns viel Opfer gekostet, aber der Sieg ist unser.

Zur Beachtung.

Da ich am 4. März d. J. an die Redaktion des „Neuen S.-D.“ einen Aufruf an die Böttcher Deutschlands zur Gründung eines Allgemeinen Deutschen Böttchervereins mit Abdruck gegeben habe und er bis jetzt noch nicht abgedruckt worden ist, trotzdem ich genannte Redaktion zweimal um Auffklärung gebeten habe, so sehe ich mich veranlaßt, dies der Öffentlichkeit zu übergeben. Auch ist die Annonce vom 30. März nicht berück-

sichtigt worden. Ich weiß nicht, was ich davon denken soll: ob es sich darum handelt, zu verschweigen, daß Herr Kurr und einen Vortrag halten sollte oder was sonst die Ursache ist. Ich möchte um Alles in der Welt doch wissen, wo da die „Bruderliebe“ bleibt, die wir ersehnen wollten. A. Trautmann, Wetzlar.

Breslau. Sozial-demokratische Arbeiter-Partei. Montag den 7. d. M., Abends 8 Uhr: Versammlung in Schneider's Restauration, Klosterstraße 73, Mauritiusplatz-Ecke. Tages-Ordnung: Fortsetzung des durch die politische Auflösung am 31. März unterbrochenen Vortrages von Ph. Wiemer.

An demselben Tage und zur selben Stunde: Versammlung in Kuhner's Restauration, Boderbergleiche 7. — Tagesordnung: Die Ausdeutung des Arbeiters in der heutigen Gesellschaft. Vortrag von B. Geiser. Da durch die gleichzeitige Abhaltung von Versammlungen in verschiedenen Stadttheilen auch den entfernter Wohnenden die möglichste Theilnahme geboten wird, so erwartet eine recht zahlreiche Theilnahme von Mitgliedern und Gästen. H. Dehne.

Chemnitz. Den Parteigenossen von Chemnitz und Umgegend zeige ich hierdurch an, daß jederzeit Abonnementen auf den „Volkstaat“ angenommen werden. Derselbe kostet vierteljährlich 12 1/2, monatlich 4 1/2 Gr. C. Müller, Colp., Lindenstr. 5.

Frankfurt a. M. Unterzeichnete macht hiermit bekannt, daß er eine Filial-Expedition des „Volkstaat“ hier errichtet hat und nimmt derselbe in seiner Wohnung wie in den Parteiversammlungen Quartals-, Monats- und Wochen-Abonnementen entgegen. Auch sind alle sozial-politischen Schriften daselbst zu haben. Theodor Kalk, Judengasse Nr. 156, III. Stod.

Frankfurt a. M. Die Parteigenossen versammeln sich jeden Samstag Abends 9 Uhr im Gasthaus zur Stadt Kreuznach, Dominikanergasse 10. NB. Im Gastzimmer liegt der „Volkstaat“, aus. (m)

Halberstadt. Den hiesigen Parteigenossen zur Nachricht, daß Abonnementen für den „Volkstaat“ nicht mehr wie bisher bei G. Raters, sondern bei G. Mäneske, Sternhof Nr. 1, angenommen werden. Vierteljahrsabonn. 12 1/2, Monatsabonn. 4 1/2 Gr.

Hamburg. Sozial-demokratischer Arbeiterverein. Versammlung Montag den 7. April, Abends 9 Uhr in Hansch's Clublokal, Schanzenburgerstraße 14, 2. Etage. Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die Stellung des Handwerkers in der modernen Gesellschaft. Gäste haben Zutritt.

Hannover. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Montag den 7. April, Abends 8 Uhr: Generalversammlung im Lokal des Herrn Parling, Knochenhauerstr. Nr. 59. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Königsberg. Mittwoch den 9. d. Mts., Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Kneiph. Gemeindegarten. Pünktliches Erscheinen Aller nothwendig. Der Vertrauensmann.

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 5. ds. Mts., Versammlung im großen Saale des Herrn Zedler, gr. Windmühlenstraße 7. Der Vorstand.

Leipzig. G.-B. Dienstag, den 8. d., 8 U. Abds. D. St.

Menschönefeld bei Leipzig. Arbeiterverein. Montag den 7. April Abends halb 9 Uhr Versammlung in der Restauration zum Verg-schlößchen. — Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht, Referent Hörig, Diskussion; Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. Der prov. Vorstand.

Solingen. Sozial-demokratische Arbeiterpartei. Sonntag den 6. April: Mitglieder-Versammlung bei Karl Klein, Goldstraße. Anfang Abends 7 Uhr. Die Versammlungen finden von jetzt ab nicht mehr Montags, sondern jeden Sonntag statt, und sind die Schriften in den Mitgliedsversammlungen, sowie in der Filial-Expedition stets vorräthig. D. Vertrauensm.

Thonberg bei Leipzig. Arbeiterverein für Thonberg und Umgegend. Montag den 7. April, Abends halb neun Uhr: Versammlung im „Gasthaus zum Thonberg“. Gäste willkommen. Der Vorstand. Sonntag den 6. April Abends 7 Uhr: Gefellige Zusammenkunft mit Familien.

Zur Beachtung.

Alle Diejenigen, welche Bücher von mir zum Verkauf erhalten haben, werden um Ordnung ihres Contos gebeten; Alles noch auf Lager befindliche, dessen Verkauf nicht mit Sicherheit zu erwarten ist, erbitte ich mir zurück, da einige Schriften zu fehlen beginnen. Gleichzeitig bringe ich die bei mir erschienenen Schriften in Erinnerung, Preiscourante franco. Braunschweig, 1. April 1873. B. Brauke jr.

Ich suche einen Jungen, welcher Lust hat, Schuhmacher zu werden, unter günstigen Bedingungen in die Lehre. Leipzig. Joh. Heinr. Werner, (4c) Kleine Fleischerstraße, Nr. 29, 4 Treppen.

Ein gewandter junger Mann, Former resp. Gypsgießer, wird gesucht in Erfurt, Michaelstraße Nr. 3. Wilhelm Hesse, Former und Gypsfabrikant. Franco Adresse erwünscht. D. C.

Unsere Vater Ernst Christian Betthaus

in Rochly zu seinem 80jährigen Geburtsfest am 11. April 1873 ein dreifach donnerndes Hoch!

Die Mitglieder des Arbeitervereins zu Rochly nebst seinen Benutzungsmitgliedern von der im Entstehen begriffenen internationalen Gewerkschaft der Schuhmacher.

Bei unserer Abreise nach Amerika (mit der Colonie „Saxonia“) rufen allen Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl zu. Leipzig, 4. April 1873. J. G. Gertler nebst Frau.

Zur Beachtung.

Alle Diejenigen, welche nach Erfurter Protokolle zu bezahlen haben, werden hierdurch aufgefordert, den Betrag bis spätestens den 15. April an mich einzusenden. Desgleichen ersuche ich um sofortige Retoursendung etwa noch nicht verkaufter Mainzer Protokolle, da solche nicht mehr vorräthig sind und noch verlangt werden. Th. Nord.

Telegraphische Depeschen.

Landshut (Bayern). Schneiberstraße in Aussicht. Zugang fern zu halten. Bericht folgt. Georg Preisch.

Würzburg. Der Schuhmacherstraße ist ausgebrochen. Zugang ist fern zu halten und schnelle Hülfe nothwendig! Solsch Dshbau.

Leipzig. Secantio, medietum A. Seiffert. Redaktion und Expedition Hofstr. 4. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.